

Der Bezirksvorstand der Braunschweiger Arbeitsgemeinschaft 60 plus hat einstimmig folgende Resolution beschlossen:

## Eine Flüchtlings- und Integrationspolitik nahe am Menschen!

Derzeit sind weltweit mindestens 62 Mio. Menschen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind Kriege und Bürgerkriege, massive Menschenrechtsverletzungen durch totalitäre Regime, Umweltkatastrophen wie Dürre oder Überschwemmungen, die durch den Klimawandel begründet sind, und Armut, die ihre Ursache auch in einer verfehlten Handelspolitik der Industriestaaten hat.

Die Lieferung von Waffen durch Staaten des Westens und des ehemaligen Ostblocks in die Kriegsregionen hat das Problem weiter angeheizt. Mit dem sog. „arabischen Frühling“ sind zudem die Despoten-Regime rund um Europa weggefallen, die zynischer Weise Barrieren für Flüchtlinge – insbesondere aus dem afrikanischen Bereich - dargestellt haben. Dazu kommt, dass die internationale Gemeinschaft dem UNHCR seit Jahren die nötigen Gelder für eine vernünftige Versorgung der Flüchtlinge in Heimatnähe gekürzt bzw. verweigert hat. Dies führt z.B. dazu, dass die Flüchtlinge aus Syrien in den Flüchtlingslagern im Libanon nicht ausreichend mit Nahrung und Wasser versorgt werden können. Auch die Türkei hat den syrischen Flüchtlingen bisher keine Zukunftschancen geboten. In einer Reihe von afrikanischen Ländern herrscht ein schlimmer Bürgerkrieg und es verhungern die Menschen. In Afghanistan steigt der Einfluss der fundamentalistischen Taliban wieder, Bombenattentate sind in weiten Landesteilen an der Tagesordnung. Wir fordern die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um gegen die Fluchtursachen anzukämpfen. Dazu gehört neben dem politischen und diplomatischen Einsatz aller Ressorts der Bundesregierung auch der Einsatz von erheblich mehr finanziellen Mitteln.

Willy Brandt hat bereits in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts darauf hingewiesen, dass es den Menschen auf der Nordhalbkugel der Erde nicht auf Dauer gut gehen kann, wenn die Menschen auf der Südhalbkugel hungern, unter Kriegen leiden und ausgebeutet werden. Und auch Erhard Eppler hat im Streit um die Asylrechtsänderung 1992 auf die dringend notwendige Beseitigung der Fluchtursachen hingewiesen. Auf beide – Brandt wie Eppler - hat insbesondere die konservative Politik der letzten Jahrzehnte nicht gehört. Bereits seit Jahren begeben sich deshalb Flüchtlinge in die Hände von Schleppern und überqueren auf „Seelenverkäufern“ und Schlauchbooten das Mittelmeer, um in Zentraleuropa – insbesondere in Deutschland - Zuflucht zu

suchen. Die Situation in Süditalien (Lampedusa) und Griechenland war der Bundesregierung bereits seit über 10 Jahren bekannt. Sie hat aber leider nicht zur notwendigen Solidarität mit Italien oder Griechenland geführt. Schengen wurde von den Staaten Mitteleuropas als Instrument gesehen, sich in Mitteleuropa die Flüchtlingsströme vom Leib zu halten. Dies darf aber keine Entschuldigung sein für die unsolidarische Haltung vieler Europäischer Staaten bzgl. der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir bedauern sehr, dass der Grundsatz der Humanität – eine tragende Säule der Europäischen Union - bei einigen der europäischen Nachbarstaaten offensichtlich keine Bedeutung mehr hat und sind sicher, dass Zäune, Mauern und ein Nato-Einsatz mit deutschen Kriegsschiffen im griechisch-türkischen Bereich des Mittelmeers das Problem der Fluchtbewegungen nicht lösen werden.

An der Integration der vielen Flüchtlinge, die Deutschland im letzten Jahr erreicht haben, führt für die AG 60 plus kein Weg vorbei. Die SPD macht deutlich, dass ihre Herangehensweise an das Thema eine andere ist als die der anderen Parteien.

Nur durch rasche Integration durch Sprachkurse und Arbeitsangebote kann der innere Frieden unserer Gesellschaft bewahrt werden. Dabei darf nie der Eindruck entstehen, dass andere Bürgerinnen und Bürger in schwieriger Lebenssituation und ihre Probleme insbesondere im Wohnungs- und Arbeitsmarktbereich darüber vergessen werden. Integrationsarbeit wird vorwiegend in der Kommune geleistet. Je länger die Kommunen aber auf die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern warten müssen, desto mehr ist der Erfolg dieser Arbeit in Frage gestellt.

Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 60 plus unterstützen durch ihre Kompetenzen die Arbeit der örtlichen Hilfsinitiativen.

Wir haben in den letzten 70 Jahren viele Krisen unserer Gesellschaft in Deutschland und Europa bewältigen können. Unsere Generation hat dazu einen großen Beitrag geleistet. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werden wir auch an der Bewältigung der aktuellen Situation aktiv mitarbeiten. Wir sind sicher: Ausgrenzung und Ablehnung sind kein guter Nährboden für ein gedeihliches und entspanntes Miteinander und: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Sie kann nur durch Aufeinander-Zugehen überwunden werden.

Für den Vorstand:

Wolfgang Welge, Bezirksvorsitzender  
im Juni 2016